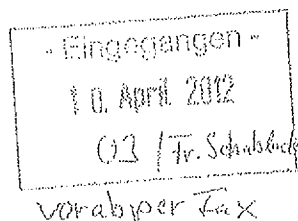


02/11/2012

Bürgermeister
Lutz Urbach
Konrad Adenauer Platz 1
51427 Bergisch Gladbach



Bergisch Gladbach, den 9. April 2012

Sehr geehrter Herr Urbach,

wir bitten sie folgende Fragen der Fraktion DIE LINKE./BfBB in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann zu beantworten.

Anfrage Löwenpass

Am 18.10.2011 hatte der Rat der Stadt Bergisch Gladbach einstimmig und auf Empfehlung der zuständigen Ausschüsse den Beschluss gefasst, der Verwaltung den Prüfauftrag zu erteilen, einen Vorschlag vorzulegen, wie die „Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach über die ergänzende Förderung zum Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz“ (Löwenpassrichtlinien) ab 01.01.2012 so ausgestaltet werden kann, dass der bisher begünstigte Personenkreis und die Förderzwecke weiter ermöglicht werden.“ Damit wurde ein ziemlich klarer und deutlicher politischer Wille durch den Stadtrat formuliert.

Da eine Entscheidung darüber, wie das haushaltstechnisch zu lösen ist und ob es „angesichts der Haushaltslage“ einen „Gestaltungsspielraum für einen Löwenpass“ gibt oder nicht, weder in den Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung FB 5 fällt (sondern das entscheidet der Rat) noch Bestandteil des Prüfauftrags war, ist die bisherige Antwort der Stadtverwaltung irrelevant und inakzeptabel. Die Antwort entspricht nicht dem Prüfauftrag der zuständigen Ausschüsse. Der Auftrag war nicht zu prüfen, wie viel etwas kosten könnte, sondern wie man die Aufgabe ausgestalten kann, dass der bisher begünstigte Personenkreis und die Förderzwecke weiter ermöglicht werden kann. Zudem haben sich Rahmenbedingungen der Kosten grundlegend geändert. Die Verwaltung hat den Prüfauftrag des Stadtrats nicht erfüllt.

Damit die Rats- und Ausschussmitglieder ausreichende Informationen haben, um eine kompetente Entscheidung im Namen der Bürgerinnen und Bürger von Bergisch Gladbach treffen zu können, fordern wir Sie auf, folgende Fragen im anstehenden ASSG und JHA öffentlich zu beantworten:

- Wie weit wurde der einstimmige Prüfauftrag des Stadtrats umgesetzt?
- Wann werden dem Rat und den zuständigen Ausschüssen, die Ergebnisse des Prüfauftrags bekannt gegeben?
- Wurden die Vorschläge, Stellungnahmen und Anträge (insbesondere der Antrag vom 10.10.11) unserer Fraktion dabei berücksichtigt?
- Welche Vorschläge wurden berücksichtigt und welche nicht?
- Kam die Verwaltung dabei zu ähnlichen oder abweichenden Ergebnissen?
- Mit welchem Betrag müsste die Umsetzung der bisherigen Richtlinie (ausgenommen die Mittel für schulische Bedarfe welche durch das BuT abgedeckt werden, und erweitert um BuT-analoge Leistungen für Asylbewerber-Leistungsempfänger) nach Würdigung aller von uns vorgetragenen Argumente im Haushalt veranschlagt werden?
- Wann wird die Verwaltung dem Rat und den zuständigen Ausschüssen mitteilen, ob „Vergünstigungen durch Verzicht auf Einnahmen bei den städt. Gesellschaften und Einrichtungen ... mit dem Haushaltsrecht und den Regelungen zum Nothaushalt vereinbar ...“ (Beschlussvorlage zum ASSG am 17.11.11, Drucksachen-Nr. 0518/2011, TOP 9, S. 50) sind?

Mit freundlichen Grüßen



Tomás M. Satillán
Fraktionsvorsitzender

Heinz Lang
Fraktionsvorsitzender

Peter Tschorny
Sachkundiger Bürger ASSG